

Neustart für eine Stadt

Aleppo ist stark zerstört. Doch die Menschen blicken nach vorn. Seite 3



Kompetent und stur

Beamte und öffentlicher Dienst haben mehr Fans als gedacht. Seite 19

Foto: fotolia/womue

Boxer im Schatten

Die Amateurbox-WM in Hamburg beginnt inmitten von lokalen und internationalen Skandalen. Zudem sind die Chancen der deutschen Kämpfer auf Medaillen sehr gering. Seite 17



Foto: imago/Hofer

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 25. August 2017

72. Jahrgang/Nr. 198

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Videokameras schützen nicht

Martin Kröger glaubt den Überwachungsapologeten nicht

Die Polizei in Berlin hat mit Hilfe von Kamerabildern zuletzt ein paar schöne Fahndungserfolge erzielt – das ist unbestritten. Der U-Bahn-Treter-Fall und der Versuch etwa, einen Obdachlosen anzuzünden, konnten im Nachhinein aufgeklärt und die Täter dingfest gemacht werden.

Überwachungsapologeten ziehen aus den Beispielen die Lehre: Opferschutz ist wichtiger als Datenschutz. Deshalb müsse auch der umstrittene Gesichtserkennungstest am Bahnhof Berlin-Südkreuz weiterlaufen. Eine angeblich intelligente Videotechnik würde demnach die Sicherheit für die Bürger »greifbar« verbessern und überdies für Abschreckung sorgen. Fast könnte man angesichts solcher Verheißungen meinen, dass sich in Zukunft aus den Kameras im Notfall Sicherheitsmitarbeiter abseilen, die dann eine Straftat, noch während sie läuft, unterbinden.

Das ist Unsinn, genau wie die Suggestion, eine Kamera könnte Menschen schützen. Dass das Gegenteil der Fall ist, zeigt der Fall von Anis Amri, dem Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt. Auf seiner Flucht nach dem Anschlag mit zwölf Toten und über 50 Verletzten posierte er sogar noch vor einer Überwachungskamera und erhob den Zeigefinger zum Tauhid-Gruß – der Islamist nutzte die Kameras also für seine Propagandazwecke.

Wer Menschen besser schützen will, muss mehr Bahnsteigpersonal und Polizisten einstellen. Durch Überwachungstechnik werden diese wirklichen Helfer in der Not nie zu ersetzen sein.

UNTEN LINKS

Jens Spahn hat eine gefährliche **Parallelgesellschaft** von elitären Hipstern in Großstädten ausgemacht, die sich durch den Gebrauch der englischen Sprache von Otto Normalverbraucher abschottet. Umgehend legte der CDU-Mann ein Aussteigerprogramm auf. Seine Zielgruppe reicht von einfachen Hipstertagsträgern und easyJet-Mitfliegern bis hin zu hartgesottenen Partyszenekadern. Das Programm bietet vorurteilsfreie Gespräche über Hosenschnitt, Gesichtsrasur und Rollkofferalternativen sowie qualifizierte, vertrauliche Disco- und Drogenberatung. Die jungen Leute werden unterstützt bei der Suche dezentraler Unterkünfte in ruralen Gebieten. Zusammen mit Spahn erstellen sie individuelle Freizeitpläne: Besuch des örtlichen Discounters, um Otto Normalverbraucher zu treffen, Herumlungern an der Tankstelle mit Deutsch sprechenden Gleichaltrigen, Warten auf den Bus in die nächste Kreisstadt. Die Beratungssprache ist natürlich Deutsch, es gilt: Learning by Doing! rst

Als der Knopf rot wurde

Die Ära des deutschen Farbfernsehens begann vor 50 Jahren mit einer Lüge



Berlin. Als am 25. August 1967 der damalige Bundesaußenminister Willy Brandt auf der Internationalen Funkausstellung (IFA) in Berlin einen roten Knopf drückte, erlebten in der Bundesrepublik die Zuschauer vor den Fernsehgeräten das, was heute »Fake News« genannt wird: einen Moment der Propaganda. Der Knopf war eine Attrappe, was technisch versierte Zuschauer sich denken konnten. In Wahrheit legte ein Ingenieur im Übertragungswagen vor der Tür den Hebel um. Allerdings tat er das zu früh, so dass der SPD-Politiker nebst Knopfattrappe schon einige Sekunden zu früh in bunt zu sehen war. Der für die Panne verantwortliche SFB (Sen-

der Freies Berlin) versuchte sich damals mit der Behauptung herauszureden, es habe sich um einen besonders empfindlichen Buzzer gehandelt.

Vor den auf Wohnzimmeraltären thronenden TV-Geräten bekamen diese Lüge aber nur jene 6000 Zuschauer (plus eingeladene Nachbarn, Verwandte und Freunde) mit, die damals bereits einen Farbfernseher besaßen. Für die rund 14 Millionen anderen war Brandts roter Knopf so grau wie zuvor, denn sie hatten nur Schwarz-Weiß-Fernseher. In der DDR konnte niemand das Ereignis in Farbe verfolgen, denn dort wurde das Farbfernsehen erst 1969 eingeführt.

Farbfernseher waren vor 50 Jahren teuer. In der BRD kostete 1970 ein solches Gerät im Schnitt 2400 DM; inflationsbereinigt waren das nach heutiger Währung mehr als 3000 Euro. In der DDR musste man für Farbfernseher das Mehrfache eines Durchschnittslohns zahlen. Auf beiden Seiten der Mauer gönnten sich viele einen Farb-TV aus Anlass von Großereignissen wie den Olympischen Spielen 1972 oder der Fußball-WM 1974. Der Fernseher wurde zum Leitmedium. Heute ist der klassische Fernseher ein Empfangsgerät unter vielen und Videostreaming-Anbieter machen dem linearen TV Konkurrenz. jam Seite 2

Foto: dpa/Willi Gutberlet

Lieber keine muslimischen Nachbarn

Bertelsmann-Studie zeigt zähe Vorbehalte gegen Muslime trotz voranschreitender Integration

Zum dritten Mal veröffentlicht die Bertelsmann Stiftung ihren Religionsmonitor. Das Resümee 2017: Muslime grenzen sich nicht ab, sondern wollen dazugehören. Und tun es meist auch.

Von Uwe Kalbe

Religionsvielfalt wurde 2013 von 51 Prozent der befragten Einheimischen in Deutschland eher als Bedrohung wahrgenommen, vor allem dem Islam brachten sie Misstrauen entgegen. In ihrem Religionsmonitor vier Jahre danach kommt die Bertelsmann Stiftung zum Ergebnis, dass die Vorbehalte fortbestehen. Eine direkte Anschlussfrage an die Untersuchung von 2013 wurde nicht gestellt, allerdings gab knapp jeder fünfte Bürger (19 Prozent) an, keine Muslime als Nachbarn zu mögen. »Wenn sich Gesellschaften verändern, wird das immer auch als spannungsreich empfunden«, erklärte Stephan Vopel von der Ber-

telsmann Stiftung. Verglichen wurde die Situation muslimischer Einwanderer in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und Großbritannien – und zwar nach vier Kategorien: Arbeit, Sprachkompetenz, Bildung und soziale Kontakte. Befragt wurden über 10 000 Menschen.

Demnach gleicht sich die Beschäftigungssituation von Muslimen der der Einheimischen an, die Sprachkompetenz wächst. 73 Prozent der in Deutschland geborenen Kinder muslimischer Einwanderer wachsen mit Deutsch als erster Sprache auf. Der Anteil steige von Generation zu Generation. In Deutschland ist die Integration in den Arbeitsmarkt am weitesten unter den untersuchten Ländern fortgeschritten. Bei der Arbeitslosenquote und der Besetzung von Vollzeitstellen gibt es kaum noch Unterschiede zum Bevölkerungsdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote bei Muslimen liegt mit fünf Prozentpunk-

ten gar zwei unter der von Nichtmuslimen. Hochreligiöse Muslime allerdings haben es auf dem Arbeitsmarkt schwerer als Einheimische – anders als beispielsweise in Großbritannien, wo sie bei gleicher Qualifikation in vergleichbarer Größenordnung und in den gleichen Berufsfeldern vertreten sind wie die weniger frommen Gläubigen. Großbritannien geht allerdings liberaler auch mit äußeren Glaubenssymbolen um; muslimische Polizistinnen in London dürfen seit mehr als zehn Jahren Kopftuch zur Uniform tragen.

Weniger gut integriert sind muslimische Schüler in Deutschland. 36 Prozent der Muslime unter dem 17. Lebensjahr verlassen die Schule ohne Abschluss; in Frankreich betrifft dies nur elf Prozent. Grund sehen die Forscher in der frühen Differenzierung verschiedener Schulformen in Deutschland. In Frankreich gehen die Schüler länger gemeinsam zur Schule.

Doch fühlt sich die große Mehrheit der Muslime mit Deutschland verbunden (96 Prozent), eine Mehrheit verbringt auch ihre Freizeit regelmäßig mit Anders- oder Nichtgläubigen (78 Prozent). Mit 37 Prozent der Befragten berichteten Muslime zudem vergleichsweise selten von erlebter Diskriminierung. In Frankreich und vor allem Österreich ist dieser Anteil deutlich höher. Mit Agenturen Kommentar Seite 4

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Asozial: Ein völkischer Begriff hat Konjunktur

Gekapert: Die Industrie sackt EU-Milliarden ein

Falle: Die Fledermäuse und die Windräder

Südkreuz-Test steht erneut in der Kritik

Datenschützerin fordert Neustart von Gesichtserkennungsversuchen

Berlin. Die Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Andrea Voßhoff, hat die Bundespolizei aufgefordert, von den Teilnehmern des Pilotprojekts zur biometrischen Gesichtserkennung am Berliner Bahnhof Südkreuz neue Einwilligungserklärungen einzuholen. Bis dahin sollte das Verfahren mangels Rechtsgrundlage ausgesetzt werden. Hintergrund der Debatte sind Vorwürfe des Vereins Digitalcourage, der festgestellt haben will, dass die bei dem Test eingesetzten Transponder mehr Daten messen und weitergeben können als bislang bekannt. »Auch wenn die Informationen, die der Transponder aussendet, datenschutzrechtlich nicht besonders sensibel sind, ist das Versäumnis der Bundespolizei, die Testteilnehmer hinreichend zu informieren, keine Lapalie«, erklärte Voßhoff.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wies die Kritik unterdessen am Donnerstag bei einem Ortstermin am Südkreuz zurück: Er sehe »überhaupt keinen Grund, diesen Test jetzt abzubrechen.« mkr Seite 9

Kiew feierte Unabhängigkeit

Neue Waffenruhe im Donbass

Kiew. Die Ukraine feierte Donnerstag mit einer Parade in Kiew den 26. Jahrestag der Unabhängigkeit von der Sowjetunion, deren Gründungsmitglied sie 1922 war. Präsident Petro Poroschenko beschuldigte laut ukrainischen Medien in einer Rede Einheiten der russischen Armee des Angriffs »ohne Kriegserklärung wie einst Hitler«. Zugleich habe er sich für den Vorrang einer »diplomatischen und politisch-rechtlichen Rückkehr des Donbass und der Krim« ausgesprochen. Im Beisein des US-Verteidigungsministers James Mattis marschierten 4500 ukrainische sowie etwa 200 Soldaten von NATO-Staaten, auch unter dem Sternbanner der USA, über den Maidan, den Platz der Unabhängigkeit in der Hauptstadt. Es nahmen dort Veteranen der seit April 2014 währenden »Anti-Terror-Operation« im Donbass teil. Dort sollte in der Nacht zu Freitag eine neue Waffenruhe nach Schulbeginn am 1. September in Kraft treten.

Rowdytum soll laut Polizei der Hintergrund einer Explosion sein, bei der in Kiew am Nachmittag drei Menschen verletzt wurden. Agenturen/nd Seiten 4 und 8

Terroralarm in Rotterdam

Offenbar Anschlag auf Konzert der US-Band Allah-Las geplant

Rotterdam. Nach den Anschlägen auf US-Musiker in Frankreich und Großbritannien könnten auch die Niederlande nur knapp einem Anschlag auf ein Konzert einer US-Band entgangen sein. Die mutmaßlichen Anschlagpläne in Rotterdam hätten sich gezielt gegen die US-Rockband Allah-Las gerichtet, sagte Rotterdams Polizeichef Frank Paauw am Donnerstag. Der Auftritt der Band war am Mittwochabend nach einer Warnung aus Spanien abgesagt worden.

Der Terroralarm beruhte auf einer »konkreten Information« der spanischen Polizei, wonach »ein Attentat an diesem Tag, an diesem Ort und auf diese Band verübt werden« sollte, sagte Paauw. Der Klub »Maassilo«, in dem das Konzert stattfinden sollte, wurde am Mittwoch geräumt. Die Bandmitglieder waren unter Polizeischutz und mit schussresistenten Westen aus dem Konzertsaal gebracht worden. In der Nacht zum Donnerstag wurde unterdessen ein in niederländischen Region Brabant ein 22-jähriger Verdächtiger festgenommen. AFP/nd

ISSN 0323-3375

